

Vernichtung von 1250 Arbeitsplätzen bei Siemens-VDO Würzburg

Vor Ostern wurde offiziell, was der Betriebsrat des Automobilzulieferers Siemens-VDO schon seit November 2004 befürchtete: Der Siemens-Konzern will große Teile der Produktion vom Standort Würzburg nach Ostrava/Ostrau in Tschechien verlagern. Der Siemens-Vorstand Kleinfeld rechtfertigt den Standortwechsel mit der Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit.

Siemens bestreitet dabei nicht, dass das Würzburger Werk bisher gute Gewinne macht. Das Management warnt jedoch vor roten Zahlen in der Zukunft. Trotz eines Gewinns von 3,4 Milliarden Euro vor Steuern erhält der Siemens-Konzern Subventionen. Auch die Löhne in Ostrava sollen durch EU-Subventionen für ein Jahr übernommen werden. Nach den bisherigen Erfahrungen bei solchen Verlagerungen dürfte das noch nicht alles sein, was an Subventionen fließt.

Der Betriebsrat und die IG Metall versuchen mit den verschiedensten Aktionen, sich gegen diese Arbeitsplatzvernichtung zu wehren. So wurden die örtlichen Bundestagsabgeordneten sowie Politiker aus Stadt und Landkreis zu einem Gespräch eingeladen. Dort beteuerte die örtliche politische Prominenz, sie werde alles tun, um die Verlagerung zu verhindern.

Die Provinzpolitiker der Bundestagsparteien verstanden sehr gut, sich in Szene zu setzen. Dabei verschwiegen sie jedoch, dass es die von ihnen selbst verabschiedeten Gesetze sind, die diesen ruinösen Wettbewerb der Regionen erst möglich machen. Wenn vom "Subventionsabbau" gesprochen wird, dann ist damit nur die Entfernungspauschale der Arbeitnehmer gemeint – und nicht etwa die Subvention für einen Konzern, um Arbeitsplätze zu vernichten. Diese neoliberale Politik wurde unter Helmut Kohl begonnen und unter Rot-Grün weiter ausgebaut.

Wenn sich die örtliche IG Metall jetzt an den zuständigen EU-Kommissar Verheugen (SPD) wendet, dann ist er der richtige Ansprechpartner. Denn er trägt die Hauptverantwortung für diese Praxis der Subventionen und des Wettbewerbs der Regionen. Er ist derjenige der die Osterweiterung der EU so unsozial gestaltet hat, wie wir sie heute erleben. Dazu kommt, dass die EU-Verfassung genau diese Form des Wettbewerbs festschreibt, jedoch die soziale Sicherheit unter Vorbehalt gestellt wird, was von Union, FDP, Grünen und SPD begrüßt wird.

Die Beschäftigten werden mit ihrem Betriebsrat und der IG Metall Aktionen durchführen, von Spenden für den "armen" Siemens-Konzern über eine Menschenkette bis hin zu eventuellen Arbeitskampfmaßnahmen, die nicht ausgeschlossen werden.

Eine Anfrage an die EU-Kommission bezüglich der von Siemens beantragten Subventionen wird von der PDS-Europaabgeordneten Sahra Wagenknecht gestellt. Es besteht Hoffnung, dass die Subventionen nicht den EU-Kriterien entsprechen.

Zugleich stellt sich die Frage, ob sich die Gesellschaft weiter Unternehmen leisten kann, die ihre Standorte aus öffentlichen Mitteln finanzieren, keine Steuern zahlen wollen und sich auch noch die Löhne vom Staat erstatten lassen.

"Da gehört ein Gesetz her, dass die nicht mehr verlagern dürfen. So kann man die Wirtschaft nicht ankurbeln", meint eine Kollegin von Siemens-VDO. Genau das Gegenteil ist jedoch Realität.

Diese Arbeitsplatzvernichtung trifft die Region hart, denn im benachbarten Schweinfurt werden bei IBM und FAG ebenfalls mehrere hundert Arbeitsplätze abgebaut. Außerdem verschärft die bayerische CSU-Regierung die Arbeitsmarktsituation durch die Einführung der 42-Stunden-Woche im öffentlichen Dienst.